

17. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der Piratenfraktion

### **Einhaltung der Mieterrechte, Instandhaltungsverpflichtungen und weitere Pflichten der GSW nach der Privatisierung**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Kontrolle der GSW-Pflichten nach der Privatisierung 2004 und der Zustimmung zum Börsengang 2010 zu intensivieren und bei Bedarf ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten.

Im Einzelnen wird der Senat aufgefordert:

- Den Privatisierungsvertrag und weitere Vereinbarungen zwischen der GSW und dem Land Berlin offenzulegen und deren Einhaltung zu überprüfen;
- Alle Mieterinnen und Mieter schriftlich über ihre besonderen Rechte aus den o.g. Verträgen und Vereinbarungen zu informieren;
- Bei der GSW darauf hinzuwirken, dass allen Mieterinnen und Mietern Zusatzverträge angeboten werden;
- Bei Häuserverkäufen den Mieterinnen und Mietern zu ihrem Vorkaufsrecht zu verhelfen;

- Mindestens jährlich über die Tätigkeit des Implementierungsausschusses zu berichten.

Der Senat wird darüber hinaus aufgefordert, eine Verständigung mit den Jobcentern zu erzielen, dass bis zu einer sozial verträglichen Lösung zur Zukunft der Sozialwohnungen ein Moratorium für die Aufforderung zur Kostensenkung für Mieterinnen und Mieter von Sozialwohnungen eingeführt wird.

Außerdem soll der Senat darauf hinwirken, dass die Jobcenter bei Kostenüberschreitungen wegen Betriebskostennachzahlungen künftig eine Überprüfung von Betriebskostenabrechnungen durchführen sowie eine Beratung für betroffene Mieterinnen und Mieter anbieten, bevor eine Aufforderung zur Kostensenkung erfolgt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2012 zu berichten.

### ***Begründung:***

Acht Jahre nach der Privatisierung der GSW werden die Rechte der MieterInnen sträflich missachtet. Die GSW, vertreten durch den Vorstand, hat es zwei Mal abgelehnt, sich den Fragen des Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr bei der Anhörung „Einhaltung der Mieterrechte bei der GSW und bei Weiterverkäufen“ zu stellen. Dies geschah trotz mehrfacher Einladung und der Bereitschaft des Ausschusses, nicht-öffentlich zu tagen. Dadurch konnten die in der ersten Anhörung vorgebrachten Beschwerden der MieterInnen nicht zufriedenstellend geklärt werden. Dabei wurden von den Anzuhörenden drängendste Probleme, wie fehlende Instandhaltungen, Weiterverkäufe ohne jegliche Informationen der MieterInnen, fehlende Auskünfte über ihre Mieterschutzrechte, die ihnen auf Grundlage des Privatisierungsvertrags zustehen, sowie zu hohe Betriebskostenabrechnungen, vorgetragen.

Keine der Beschwerden wurde von der GSW bis heute ausreichend geprüft, geschweige denn dabei Abhilfe geschaffen. Auch der Senat sieht sich zu keiner Maßnahme veranlasst, den MieterInnen zu ihrem Recht zu verhelfen. Senator Müller hat zwar in der 11. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr das Verhalten der GSW bezüglich der Mieterschutzrechte kritisiert, aber gleichzeitig erklärt, kein Vertragsverletzungsverfahren gegen die GSW einzuleiten. Der sogenannte Implementierungsausschuss, der die Einhaltung des Privatisierungsvertrages überprüfen soll und in dem jeweils ein Mitarbeiter der Senatsverwaltungen für Finanzen und Stadtentwicklung vertreten ist, hat schriftliche Beschwerden von MieterInnen nicht geprüft. Stattdessen hat er im Ausschuss das Verhalten der GSW gelobt und verteidigt - dies trotz der Vielzahl an Beschwerden und konkreter Hinweise von MieterInnen auf die Versäumnisse der GSW. Viele MieterInnen, zum Beispiel von Wohnungen rund um das Kottbusser Tor, sind sogar aufgrund der horrenden Betriebskostenabrechnungen durch die GSW gezwungen, ihr Wohnumfeld zu verlassen.

Durch die Versäumnisse der GSW und des Senates ist eine dramatische Situation für die MieterInnen entstanden, für die der vom Senat geduldete rechtsfreie Raum nicht mehr tragbar ist. Gleichzeitig bedroht jeder weitere Tag der Rechtsunsicherheit die MieterInnen

existenziell. Der Senat soll daher veranlasst werden, unverzüglich aktiv zu werden und den MieterInnen endlich zu ihrem Recht zu verhelfen.

Berlin, den 12. Juni 2012

Pop Schmidberger Otto  
und die übrigen Mitglieder der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wolf Lompscher Doering  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Baum Delius  
und die übrigen Mitglieder der  
Piratenfraktion